



VRE Umfrage Regionale Strategien zur Bewältigung der Wirtschaftskrise

Einleitung

Regionen und ihre gewählten Politiker sind in der Verantwortung, für die Interessen ihrer Bürger einzutreten, die regionale und lokale Wirtschaft zu stärken und voranzubringen, Beschäftigungsmöglichkeiten zu fördern und die Entwicklung eines funktionsfähigen und stabilen Finanzsystems in ihren Regionen zu unterstützen. Sie sind daher besonders herausgefordert, gegen die Wirtschaftskrise anzukämpfen. Auch wenn makroökonomische Strategien und größere Finanzhilfeprogramme nicht in erster Linie in der Kompetenz der Regionen liegen, so hält sie das nicht davon ab, aktiv zu werden. Regionen können exakter auf die spezifischen Bedürfnisse der regionalen Wirtschaft eingehen und dabei die regionale Beschäftigungssituation einbeziehen.

Um Erfahrungen auszutauschen und Akteuren Informationen an die Hand zu geben, wie Regionen auf die Krise reagieren können, hat die VRE eine Umfrage zu den Strategien ihrer Mitgliedern hinsichtlich der Unterstützung der regionalen Wirtschaft, insbesondere kleinerer und mittlerer Unternehmen (KMU) durchgeführt

Bis zum 12. Mai 2009 haben sich 24 Regionen aus 13 Ländern an der VRE-Umfrage beteiligt.

- Albanien: Tirana
- Belgien: Brüssel Hauptstadt
- Deutschland: Baden-Württemberg
- Finnland: Zentralfinnland
- Frankreich: Elsaß, Ile-de-France
- Kroatien: Krapina Zagorje, Medjmurje, Primorje Gorski Kotar
- Niederlande: Flevoland, Noord-Brabant
- Österreich: Niederösterreich
- Polen: Niederschlesien
- Schweden: Östergötland, Västra Götaland
- Schweiz: Freiburg, Valais
- Ungarn: Békés, Eszak-Alföld, Fejér, Heves
- Vereinigtes Königreich: Cornwall, Hampshire, Somerset

Weiterhin wurde der VRE eine Sammlung guter Verfahren aus Regionen des Vereinigten Königreichs sowie eine Übersicht über Maßnahmen der Partnerregionen Baden-Württembergs, Katalonien, Flandern, Lombardei, Rhône-Alpes und Wales zugeleitet. Die Umfrage ist weiterhin offen. Weitere Beiträge sind willkommen und werden in die nächste Überarbeitung dieses Berichts aufgenommen.

Die Profile der regionalen Strategien sind verfügbar unter: <http://www.aer.eu/en/main-issues/economic-development/economic-crisis.html>

Regionale Auswirkungen der Wirtschaftskrise

Betroffene Branchen

Vergleicht man die regionalen Auswirkungen der Wirtschaftskrise, so muss man verschiedene Branchenprofile, unterschiedliche Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und ungleiche Betroffenheit durch die Finanzkrise berücksichtigen. Dennoch können einige Gemeinsamkeiten beobachtet werden.

Alle Regionen, die an der Umfrage teilgenommen haben sind von einem starken **Rückgang der industriellen Produktion**, insbesondere von Investitionsgütern betroffen. Exportorientierte Regionen mit Schwerpunkt auf innovativen und technologieorientierten Produkten wie Baden-Württemberg, Békés, Freiburg, Noord-Brabant und Valais erfahren einen starken Rückgang der internationalen Nachfragen, der zu einem Rückgang von Hochtechnologie-Exporten, wie Maschinen, Metallerzeugnissen und Chemieprodukten führt, sowohl nach Übersee, wie auch innerhalb Europas.

Automobilstandorte wie das Elsaß, Baden-Württemberg, Flevoland, Hampshire, Heves, Ile-de-France, Niederschlesien, Noord-Brabant und Västra Götaland werden mit drastischen Auswirkungen nicht nur für die Automobilindustrie selbst, sondern auch für die überwiegend von KMU dominierte Zuliefererkette konfrontiert.

Einige Regionen konstatieren bereits einen Rückgang des **Dienstleistungssektors** oder sagen einen solchen voraus. Davon betroffen sind sowohl unternehmensbezogene Dienstleistungen (Beratung, IT, Rechtsanwälte, Steuerberater, Werbung), als auch solche, die sich an Privatpersonen richten (Tourismus, Restaurants, Handel). Insbesondere im Vereinigten Königreich bereitet die **Schließung von Ladengeschäften** den Regionen große Probleme; dies wurde auch aus der Region Brüssel Hauptstadt berichtet.

Einen Rückgang im **Baugewerbe** und auf dem **Immobilienmarkt** wurde von Hampshire, Heves, Ile-de-France, Niederösterreich, Niederschlesien, Somerset und Västra Götaland berichtet. Für Regionen in Kroatien und dem Vereinigten Königreich stellt der **Rückgang nationaler und internationaler Investitionen** ein großes Problem dar.

Was den Bereich des **Logistik- und Transportgewerbes** betrifft, so berichten die Regionen Zentralfinnland, Hampshire, Noord Brabant und Västra Götaland über einen Auftragsrückgang sowie einen Rückgang der Passagierzahlen und Güter im Luft-, Schienen- und Güterverkehr, der die dortigen Häfen und Flughäfen beeinträchtigt. Die Rezession wird gegen Ende 2009 auch kleine und mittlere Bus- und Taxiunternehmen sowie private Autovermietungen betreffen.

Die Regionen Elsaß, Zentralfinnland, Niederösterreich und Primorje Gorski Kotar sind auch von einem Rückgang im holzverarbeitenden Gewerbe und der Landwirtschaft betroffen.

Auswirkungen für Unternehmen und Privatpersonen

Was einzelne Unternehmen angeht, so sind insbesondere KMU in der Zulieferkette großer Unternehmen betroffen. Neben den Schwierigkeiten, die durch **Auftragsrückgänge** verursacht werden haben sie insbesondere mit **Liquiditätsproblemen** aufgrund restriktiverer Kreditvergabe und verspätetem Zahlungseingang zu kämpfen. Vor allem Unternehmen, die bereits vor der Krise **Schwierigkeiten mit Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit** oder **finanzielle Probleme** hatten werden nun mit ernsthaften Schwierigkeiten konfrontiert. Dieser Zusammenhang wurde vor allem von Ile-de-France, Niederösterreich und Medjmurje hervorgehoben, dürfte aber auch auf KMU in anderen Regionen zutreffen.

Als weitere Folge der Wirtschaftskrise beobachten oder prognostizieren die Regionen einen Anstieg der **Arbeitslosigkeit**. Somerset berichtet bereits über **soziale Auswirkungen** wie einen Anstieg der Kriminalität, alkoholbedingte und häusliche Gewalt, Obdachlosigkeit und zunehmende Vereinsamung von Jugendlichen in ländlichen Gebieten.

Regionale Strategien und Aktionspläne

Die Regionen reagieren auf die Wirtschaftskrise entsprechend ihrer regionalen Besonderheiten und unter Berücksichtigung der Wirtschaftszweige, Unternehmensstruktur, Beschäftigungssituation und Arbeitskräfteprofil. Dennoch sind sich einige Strategien ähnlich.

Nachfragestimulierung und öffentliche Investitionen

Die **Stimulierung der Nachfrage** seitens Privatpersonen und Unternehmen ist ein wichtiger Ansatz zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise. **Investitionen in öffentliche Infrastruktur** sind daher eine zentrale Säule regionaler Strategien gegen die Wirtschaftskrise. Die regionale Politik spielt eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, sicherzustellen, dass öffentliche Investitionen transparent, zielgerichtet und zeitnah umgesetzt werden und zu nachhaltigem Wachstum führen. Der Ausbau öffentlicher Infrastruktur gibt Regionen nicht nur die Möglichkeit, die Wirtschaft anzukurbeln, sondern auch die Chance, aus der Krise gestärkt hervorzugehen. In diesem Zusammenhang bieten „**grüne Investitionen**“ sowohl für ländliche, als auch für städtisch geprägte Regionen beträchtliche Möglichkeiten. Öffentliche und private Investitionen in erneuerbare Energien und Energieeffizienz von Wohnungen und Gebäuden können Innovationen ankurbeln, Beschäftigung schaffen und die regionale Wettbewerbsfähigkeit steigern.

Der Ansatz, mit **Investitionen in die öffentliche Infrastruktur** (z.B. Straßen, öffentlicher Verkehr, Schulen, Krankenhäuser) eine **Multiplikatorwirkung** für die heimische Wirtschaft zu erzielen, wurde von den Regionen Elsaß, Baden-Württemberg, Békés, Zentralfinnland, Ile-de-France, Krapina Zagorje, Niederösterreich, Niederschlesien und Valais gewählt. Zur Flankierung öffentlicher Investitionen hat Baden-Württemberg die **öffentlichen Vergaberegeln erleichtert** und die Regionen Hampshire und Somerset

legen mehr Gewicht auf **lokale Beschaffung**, wo dies möglich ist. Ile-de-France setzt auf **verantwortungsvolle Vergaben** und insbesondere Verkürzung des Zahlungsverzugs. **Bürokratieabbau** und **Beschleunigung von Verwaltungsvorgängen** sind Teil der Strategie einer unternehmerfreundlichen Verwaltung in Eszák-Alföld und Heves. Die Region Elsaß beschleunigt Investitionen indirekt durch schnellere Zahlungen an lokale Verwaltungen

Investitionen in umweltfreundliche, energieeffiziente Maßnahmen und erneuerbare Energien finden sich in den Strategien von Baden-Württemberg, Freiburg, Heves, Niederösterreich und Noord Brabant. Die Pläne umfassen Programme zur Sanierung öffentlicher Gebäude und fördern Unternehmen und Privatpersonen, die Investitionen zur Erhöhung der Energieeffizienz an ihren Gebäuden vornehmen oder erneuerbare Energien einsetzen. Neben „grünen Investitionen“ setzen die Regionen auch auf **Investitionen in Innovation** wie etwa Breitbandanschluss in ländlichen Gebieten (Flevoland) oder internationale Transportnetzwerke (Niederschlesien).

Ein weiterer Ansatz zur Nachfragestimulierung liegt in der **Senkung öffentlicher Abgaben** und Bürokratiekosten. Mit **Steuersenkungen** (Freiburg, Valais) und Zahlungsaufschub (Hampshire) wollen einige Regionen Unternehmen einen größeren **Liquiditätsspielraum ermöglichen** und den **privaten Konsum ankurbeln**.

Regionalmarketing und **Entwicklung des regionalen Tourismus** stellen weitere Maßnahmen zur Regionalentwicklung und zur Bekämpfung einiger sozialer Auswirkungen der Wirtschaftskrise wie Leerstand von Läden und Gebäuden dar. Mit Förderprogrammen für Investitionen in nachhaltige Tourismusinfrastruktur und neue Tourismusprodukte beabsichtigen die Regionen Baden-Württemberg, Hampshire, Niederösterreich und Primorje Gorski Kotar ihre Tourismusinfrastruktur zu verbessern und den Tourismus in ihren Regionen zu stärken. Somerset investiert in Regionalmarketing, um Investitionen und Besucher anzuziehen und Békés entwickelt eine Strategie für Medizintourismus.

Zugang zu Finanzierung und KMU-Entwicklung

Kleine und mittlere Unternehmen sind das Rückgrat der europäischen Wirtschaft. KMU (Unternehmen mit bis zu 250 Mitarbeitern) stellen 99,8% aller Unternehmen in Europa dar und 91,5% aller Unternehmen in der EU sind Mikrounternehmen mit einem bis neun Mitarbeitern. 66,7% aller Arbeitsplätze im privaten Sektor werden von KMU angeboten; etwa ein Drittel in Kleinstunternehmen.¹

Die Krise auf den Finanzmärkten hat sich unterschiedlich auf die Kreditflüsse an Unternehmen ausgewirkt, abhängig von Größe, Standort und Risikostruktur. In diesem Zusammenhang sind KMU aufgrund ihrer hohen Abhängigkeit von Bankdarlehen und ihres begrenzten Zugangs zu Finanzmärkten besonders verletzlich. Obwohl die Hälfte der europäischen KMU im ersten Halbjahr 2009 negative Geschäftsentwicklungen erwarten (verglichen mit nur 20% vor zwei Jahren) sind sie – im Vergleich zu Großunternehmen - zurückhalten mit Entlassungen.² Die Inhaber kleiner Familienbetriebe agieren in der Regel sehr verantwortungsvoll gegenüber ihren Mitarbeitern, selbst wenn

¹ Quelle: Europäische Kommission, Generaldirektion Unternehmen und Industrie

² Quelle: UEAPME Union Européenne de l'Artisanat et des Petites et Moyennes Entreprises

das Unternehmen schwierigen Zeiten entgegensieht. Es ist daher äußerst wichtig, das Fortbestehen dieser Unternehmen zu sichern.

Trotz ihrer Bedeutung für die europäische Wirtschaft sind KMU häufig nicht auf dem Radar nationaler Konjunkturpakete. Hier liegt ein wichtiges Handlungsfeld der Regionen.

Die Mehrheit der Regionen, die an der Umfrage teilgenommen haben, hat Programme zur **Verbesserung des Zugangs von KMU zu Finanzmitteln** aufgesetzt. Wenn KMU während der Krise in der Lage sind zu investieren ermöglicht ihnen dies, nach der Krise durchzustarten. Die Maßnahmen sind vielfältig und umfassen:

- **Finanzhilfen** und Zuschüsse an Unternehmen und Akteure im Bereich der KMU-Finanzierung (Elsaß, Freiburg, Hampshire, Ile-de-France, Niederösterreich, Östergötland, Tirana)
- **Zinsverbilligte Darlehen** einschließlich Mikrokrediten und Unterstützung bei der Erlangung von Darlehen, z.B. durch Gespräche mit Banken (Baden-Württemberg, Békés, Brüssel Hauptstadt, Cornwall, Krapina Zagorje, Ile-de-France, Niederösterreich, Niederschlesien, Medjimurje, Primorje Gorski Kotar, Somerset, Valais).
- **Kreditbürgschaften** (Baden-Württemberg, Békés, Brüssel Hauptstadt, Ile-de-France, Niederösterreich, Medjimurje)
- **Eigenkapital** (Elsaß, Baden-Württemberg, Flevoland, Ile-de-France, Niederösterreich, Noord-Brabant).

Nachhaltige Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU ist für viele Regionen von besonderer Bedeutung. Die Maßnahmen umfassen

- Unterstützung bei der **Existenzgründung**, wie etwa Beratungsangebote und Fortbildung für Unternehmensgründer (Medjimurje, Primorje Gorski Kotar)
- Hilfe bei der **Internationalisierung**, Innovation und Restrukturierung von KMU, z. B. durch spezielle Zuschüsse, Beratungsangebote oder die Stärkung der Zusammenarbeit von KMU und Forschung (Baden-Württemberg, Békés, Ile-de-France, Noord-Brabant, Valais)
- (Weiter)entwicklung von Gewerbegebieten und **Technologieparks** (Noord-Brabant, Primorje and Gorski Kotar)
- Hilfe für überschuldete und **insolvenzgefährdete Unternehmen** durch Beratungsprogramme (Baden-Württemberg, Brüssel Hauptstadt, Hampshire)
- **Branchenspezifische Unterstützung**, z.B. für Handwerk, Immobilienwirtschaft und Landwirtschaft (Elsaß, Hampshire)

Unterstützung von Beschäftigung und Fachkräfteangebot

Beschäftigung und lebenslanges Lernen sind entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit von Regionen. Es ist daher wichtig, die Kenntnisse von Mitarbeitern zu erhalten und weiterzuentwickeln, um gerüstet zu sein, wenn die Wirtschaft wieder an Fahrt gewinnt. Weiterhin verlangt die Verantwortung gegenüber der künftigen Generation, dafür Sorge

zu tragen, dass Schul- und Hochschulabsolventen auch in schwierigen Zeiten eine Chance haben, ins Berufsleben zu starten. Weiterbildungsangebote stehen daher bei verschiedenen regionalen Konjunkturpaketen auf der Agenda.

Beschäftigungsförderung und entsprechende Angebote sind Teile der strategischen Antworten auf die Krise in Békés, Ile-de-France und Noord Brabant. Spezielle **Weiterbildungsangebote** für Beschäftigte in Kurzarbeit und Mitarbeiter über 50 Jahren finden sich in den Programmen von Baden-Württemberg, Hampshire, Niederösterreich und Västra Götaland. Niederösterreich und Somerset unterstützen Firmen, die Schulabgängern **Ausbildungsplätze** anbieten und Niederösterreich stellt zusätzliche Ausbildungsplätze in der öffentlichen Verwaltung zur Verfügung. Primorje Gorski Kotar bietet Unterstützung für Beschäftigte in seltenen Berufen an, etwa in bestimmten Bereichen des Handwerks, um Unternehmen zu helfen, qualifizierte Mitarbeiter zu finden und traditionelles Handwerk zu erhalten. Im Elsaß und in Noord Brabant legt man einen besonderen Fokus auf die **Weiterbildung gering Qualifizierter**, die besonderen Risiken ausgesetzt sind, den Arbeitsplatz zu verlieren und die größten Probleme haben, einen neuen zu finden. Die Förderung der Mobilität von Arbeitnehmern ist ein weiteres Element der des Maßnahmenplans von Noord Brabant.

Unterstützung von Privatpersonen und Konsumenten

Steigende Energiekosten, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit bereiten vielen Haushalten Sorgen. Dennoch ist es für die lokale Wirtschaft wichtig, dass die Konsumnachfrage in Krisenzeiten aufrechterhalten wird. Insbesondere Regionen aus dem Vereinigten Königreich berichten über gravierende Auswirkungen, die die Krise auf Privatpersonen hat. **Orientierungsberatung für Privatpersonen** zur Reduzierung des Energieverbrauchs, Bezahlung von Hypothekendarlehen oder Mieten und Hilfe für Schuldner sind daher Teil der Strategien von Hampshire und Somerset.

Kommunikation

Ein großer Teil der Wirtschaft ist Psychologie. Regionen sind nahe an Unternehmen und Bürgern; sie können Sorgen aufnehmen und die Situation sowie die Maßnahmen, die ergriffen werden, erklären. Kommunikationspläne und Informationsstrategien im Zusammenhang mit der Krise sind daher Teil der Maßnahmen in Hampshire, Heves und Somerset. Anhörungen und runde Tische mit regionalen Akteuren und Unternehmern werden von Cornwall und Niederösterreich als wichtige Elemente bei der Entwicklung regionaler Strategien genannt.

Schlussfolgerungen

Bedeutung regionaler Politik

Die Beiträge zur Umfrage der VRE haben deutlich gezeigt, dass Regionen in ganz Europa von der Wirtschaftskrise betroffen sind und dass auf regionaler Ebene eine Vielzahl von Maßnahmen zum Kampf gegen die Krise ergriffen wurden. Mit ihren Strategien treffen die Regionen die Bedürfnisse in ihrem Gebiet und helfen in Bereichen,

die von nationalen und Europäischen Konjunkturpaketen nicht ausreichend beachtet werden.

Fast alle regionalen Konjunkturpakete wurden ergänzend zu nationalen Konjunkturpaketen entwickelt, einige Regionen berichten jedoch, dass sie nicht in die Entwicklung nationaler Strategien einbezogen wurden. Das trifft auch für das Europäische Konjunkturpaket zu. Es ist unbestritten, dass der wirtschaftliche Abschwung verschiedene Orte unterschiedlich betrifft. Antworten auf die Krise müssen daher maßgeschneidert werden auf die jeweiligen Umstände in den Regionen. Die Krise trifft Menschen und Unternehmen dort wo sie leben und arbeiten und von dort erwarten sie Antworten.

Öffentliche Investitionen sind eine zentrale strategische Antwort auf die Wirtschaftskrise und die Regionen spielen eine wichtige Rolle, wenn es darum um die entsprechende Umsetzung geht. Bedeutend in diesem Zusammenhang ist die Frage, wie man die Hebelwirkung öffentlicher Investitionen am besten nutzt. Es geht darum, wie und auf welcher Ebene Regierungen agieren sollten, um wirtschaftliche, soziale und Umweltziele zu erreichen. Nationale Strategien müssen Zuständigkeiten auf regionaler Ebene einbeziehen und sollten auf geeigneten Steuerungsmechanismen für die Koordination europäischer, nationaler und regionaler Maßnahmen aufbauen.

Was öffentliche Investitionen betrifft, so kann regionale Politik helfen, dass schwächere Regionen Wettbewerbsvorteile entwickeln und ihre Ressourcen optimieren können. Öffentliche Investitionen können auch dazu beitragen, einen „grünen Aufschwung“ in Gang zu setzen. In vielen Ländern liegt die Zuständigkeit für Umweltpolitik bei Verwaltungseinheiten unterhalb der nationalen Ebene, die für Flächennutzung, Bauordnung, öffentlichen Verkehr oder Wassermanagement verantwortlich sind. Sie sind daher die geborenen Akteure für jegliche Maßnahmen in diesem Bereich.

Die Förderung von Unternehmertum und KMUs und ihrer Innovationen ist ein weiterer vielversprechender Ansatz, den Regionen zu helfen, die Krise in eine Chance zu verwandeln und zentralen Herausforderungen wie Arbeitslosigkeit und Unternehmensschließungen zu begegnen. In diesem Zusammenhang unterstützt eine zielgerichtete Regionalpolitik die beste Nutzung des vor Ort vorhandenen Wissens zur Steuerung der Zielerreichung und politischer Interventionen. Die Regionen arbeiten mit allen relevanten Akteuren zusammen und stehen in engem Kontakt mit Unternehmen. So können sie geeignete Maßnahmen ergreifen. Während nationale Konjunkturpläne vor allem auf große, international agierende Unternehmen abzielen, richten Regionen ihr Augenmerk auf regionale Cluster und unterstützen Unternehmensgründungen und KMU, die einen wesentlichen Teil der Unternehmen und Arbeitgeber in Europa darstellen.

Interregionale Zusammenarbeit – ein Weg zu Verbesserung regionaler Maßnahmen

Es ist auffallend, wie sehr sich die von den Regionen genannten Auswirkungen der Wirtschaftskrise ähneln – selbst wenn es um sehr spezielle Branchen oder Beschäftigungssituationen geht. Und auch viele der ergriffenen Maßnahmen sind ähnlich. Dennoch benennt keine der teilnehmenden Regionen interregionale Kooperation als Instrument, um der Wirtschaftskrise zu begegnen.

Die Kooperation zwischen VRE-Mitgliedern scheint daher ein logischer nächster Schritt, um Erfahrungen auszutauschen und regionale Programme weiterzuentwickeln. Eine solche Zusammenarbeit kann auch dazu beitragen, die regionale Wirtschaft zu stärken, z. B. durch das gemeinsame Entwickeln von Innovationen oder die Stärkung von Geschäftsbeziehungen. Da jedoch Politiker und Beamte, die sich derzeit in den Regionen mit der Umsetzung von Konjunkturpaketen befassen sehr ausgelastet sind, gilt es für die VRE, einen Weg zu finden, der den Mitgliedern einen Austausch ermöglicht und ihre knappen Personalressourcen berücksichtigt.

Die Regionen unternehmen enorme eigene finanzielle Anstrengungen, um gegen die Wirtschaftskrise anzukämpfen, aber sie nutzen auch nationale und europäische Gelder. Der Erfahrungsaustausch zur Nutzung der Strukturfonds bei der Bewältigung der Krise kann daher nicht nur für die Regionen selbst von Nutzen sein, sondern erlaubt ihnen auch, ihre Interessen bezüglich der Gestaltung europäischer Konjunkturpakete sowie der Nutzung von EU-Geldern zur Umsetzung gemeinsam gegenüber den europäischen Institutionen zu vertreten.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Ergebnisse der VRE-Umfrage deutlich machen, dass es die Regionen sind, die Bürgern und Unternehmen durch harte Zeiten helfen und dass in Zeiten wirtschaftlichen Abschwungs Regionalismus und Subsidiarität nicht an Bedeutung verlieren, sondern besonders wichtig sind.

CD 12. Mai 2009

